

zeitungen

für Rödelheim Praunheim Hausen Industriehof Westhausen

Nr. 10 | Februar 2016

Kommunalwahl am 6. März 2016

Inge Pauls | Am 6. März 2016 finden in Hessen die nächsten Kommunalwahlen statt. Gewählt werden bei der Ortsbeiratswahl 19 Ortsbeiratsmitglieder im Ortsbezirk 7, sowie 93 Stadtverordnete für den Römer. Die Fraktion „die farbechten/Die Linke“ stellt in dieser Ausgabe der „zeitung“ ihre Arbeit und ihre Kandidatinnen und Kandidaten vor.



Auf der Liste der farbechten/Die Linke sind 9 von 19 Plätzen mit Frauen besetzt. Mit Barbara David-Wehe und Torben Zick treten zwei bewährte und erfahrene Mitglieder der Fraktion „die farbechten/Die Linke“ auf den ersten Plätzen zu den Wahlen zum Ortsbeirat 7 an. Auf den weiteren Plätzen kandidieren mit André Leitzbach, Annika Wiemer und Alessandro Brillante neue Kandidaten, die die Interessen ihrer Generation und ihrer Nachbarn in die Ortsbeiratsarbeit einbringen wollen. Damit soll die bisherige Arbeit weitergeführt werden: eine konsequente Position gegen Rassismus, und für soziale Gerechtigkeit, eine Stimme der Vernunft bei den Plänen des Magistrats, Ansprechpartner für betroffene Bürgerinnen und Bürger, eine konstruktive Mitarbeit an praktischen Problemen und Ideen und Visionen für die Stadtteile.

Mein Ortsbeirat

Ein sehr persönlicher Rückblick auf fast fünf Jahre Mitarbeit im Ortsbeirat 7.

Barbara David-Wehe | Obwohl durch meinen Beruf an Gremienarbeit gewöhnt, musste ich schnell feststellen, dass die Arbeit im Ortsbeirat etwas sehr Spezielles ist. Vorherige Planungen oder Aussagen über den Verlauf einer Ortsbeiratssitzung sind kaum möglich. Eine umfangreiche Tagesordnung muss nicht bedeuten, dass die Sitzung außergewöhnlich lang wird, ebenso wenig ist eine kurze Tagesordnung der Garant dafür, dass die Sitzung frühzeitig endet.

Gerade zu Beginn der Legislaturperiode, als CDU, Grüne und FDP eine sogenannte Kooperation gebildet hatten und damit über die Stimmenmehrheit verfügten, hatten Anträge von uns wenig Chancen, realisiert zu werden. Für mich die Gelegenheit, mich verstärkt außerparlamentarischen Aktivitäten zuzuwenden. Ein gutes Tätigkeitsfeld bot hier der Rödelheimer Bahnhof. Der technische Umbau neigte sich seinem Ende zu. Die Gleise waren verlegt, die Aufzüge funktionierten, bzw. funktionierten nicht. Deshalb machte ich es mir zur Aufgabe, Probleme an die Zuständigen zu melden. Klingt einfach, ist es aber nicht. Im Laufe der Zeit war ich bei allen zuständigen Mitarbeitern bekannt und ich bin sicher, dass ich einen guten Teil dazu beigetragen habe, dass es nun feste Verantwortliche gibt und Probleme schneller behoben werden. Mein Kümmerern sorgte bei den Ortsbeiratssitzungen für eine gewisse Heiterkeit, wenn ich ähnlich wie bei „Neues aus Schilda“ Ungereimtheiten aus Stadtverwaltung und Deutscher Bahn zum Besten geben konnte.

Weitere Schwerpunkte waren, auf die Entsorgung illegaler Müllablagerungen zu dringen und regelmäßig wegen der „neuen, barrierefreien und familienfreundlichen WC-Anlage“ telefonisch nachzufragen. Laut Stadtplanungsamt ein abgeschlossenes Projekt (<http://tinyurl.com/znfmmms>). Der kundige Rödelheimer weiß jedoch, die WC-Anlage gibt es nicht. Auch hier stehe ich mit der Leiterin der Stabsstelle „Öffentliches Toilettenwesen“ in regelmäßigem Kontakt.

In der Zeit, in der der Ortsbeirat über eine „bürgerliche Mehrheit“ (so der Main-Nidda-Bote) verfügte, konnte ich mich oft des Eindrucks nicht erwehren, dass hier Anträge gestellt wurden mit dem Ziel, zu provozieren. Herausragend beispielsweise die Anfrage der CDU über die Zahl der begangenen Ehrenmorde im Ortsbezirk 7. Ganz abgesehen davon, dass eine solche Anfrage gar nicht beantwortet werden kann, da es ganz sicherlich keine Statistik gibt, die die Motivation von Tötungsdelikten erfasst, wurde hier offensichtlich der Versuch unternommen, eine bestimmte Bevölkerungsgruppe und zwar die moslemischen Glaubens, in eine dumpfe, rückständige und desintegrierte Ecke zu stellen.

Mit dem Wechsel des Vertreters der FDP und der Dezimierung der Grünen änderten sich die Mehrheitsverhältnisse. Die Anträge gewannen an Sachlichkeit. Besonders in den letzten beiden Jahren nahm die Zahl der überfraktionellen Anträge zu. Damit zeigt der Ortsbeirat auch gegenüber dem Magistrat und den Stadtverordneten, dass er bereit ist, über Parteigrenzen hinweg zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger mit einer Stimme aufzutreten.

Ein Blick auf die Anträge, die von unserer Fraktion entweder auf den Weg gebracht oder gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Ortsbeirats realisiert wurden:

- Sonnensegel über dem Löwenspielplatz
- Unterstand an der „Ersatzbushaltestelle“ Wolf-Heidenheim-Straße
- Aufnahme einer Fläche für den Wochenmarkt in die Planung der Westseite des Rödelheimer Bahnhofs
- Ampelschaltung an der Kreuzung Lorscheer/Glashüttener-/Fuchstanzstraße, die den Fußgängern nun genügend Zeit lässt, die Straße stressfrei zu überqueren
- Verhinderung einer zusätzlichen Brücke über den Nidda-Altarm in Praunheim
- Pflegevertrag Bahnhofsgrün Rödelheim
- Aufnahme von Kurt Halbritter ins Straßenverzeichnis und Benennung einer Anlage nach Halbritter.

Listenplatz 1
Barbara David-Wehe
Sozialarbeiterin i.R., Rödelheim
Seit 2011 im Ortsbeirat.
»Schwerpunkt meiner Berufstätigkeit war die Hilfe für obdachlose Menschen. Daraus ergibt sich für mich noch heute: Jeder Mensch hat einen Anspruch auf einen angemessenen, bezahlbaren Wohnraum!«

Listenplatz 2
Torben Zick
48 Jahre, IT-Architect, Rödelheim
Seit 2012 im Ortsbeirat.
»Ich setze mich dafür ein, gute Bedingungen in den Stadtteilen zu schaffen: sozial, ökologisch und tolerant.«

Listenplatz 3
André Leitzbach
39 Jahre, IT-Consultant, Westhausen
»Ich kandidiere, um aktiv an der Verbesserung der Lebenssituation aller im Bezirk wohnenden Bürger mitwirken zu können. Meine politischer Schwerpunkt ist außerdem der Schutz von Bürgerrechten im Cyber-Raum (Informationsfreiheit).«

Listenplatz 4
Annika Wiemer
24 Jahre, Studentin, Rödelheim

5) Alessandro Brillante (31), Student, Praunheim.
»Ich möchte mich dafür einsetzen, dass der ÖPNV gestärkt und der Verkehrslärm in den Stadtteilen reduziert wird.«

6) Bettina Mandellaub (59), Agrar-Ingenieurin, Rödelheim. Aktiv im Bereich Frieden und Antifaschismus

7) Herbert Bayer (65), Gewerkschaftssekretär

8) Angela Kalisch (46), Medienfachwirtin

9) Richard Ullmer (65), Lehrer

10) Margarete Wiemer (61), Dipl.-Psychologin/ Psychotherapeutin, Personalratsvorsitzende des Klinikums Frankfurt-Höchst

11) Klaus Willkomm-Wiemer (72), Gewerkschaftssekretär

12) Inge Pauls (61), Lehrerin, seit 2007 im Ortsbeirat

13) Helmut Furtmann (60), Lehrer

14) Helga Dieter Courage gegen Rassismus, taz Panter Preis 2005 für die Initiative „Ferien vom Krieg“

15) Claus David (69), Schreinermeister

16) Dr. Barbara Voss (52), Ärztin

17) Dr. Peter Gärtner (60) Energieberater, Seit 2011 im Stadtparlament

18) Hildegard Jungermann (58), Druckerin

19) Dr. Wilfried Waurich (60), Redakteur

20) Marion Krautz, 21) Mario Wolf, 22) Imke Meyer, 23) Damian Vogt, 24) Hans-Peter Köhler, 25) Andreas Schröder, 26) Martin Rasche, 27) Ulrich Dalbert, 28) Jens Voss

(Die Kandidaten 1 bis 19 stehen auf dem Stimmzettel; die Kandidaten 20 bis 28 sind Unterstützer der Liste.)

Herausgeber:

die farbechten

DIE LINKE.

im Ortsbeirat 7

Es grünt so grün: Sind Die Grünen noch wählbar?

Torben Zick | Vielleicht haben Sie sich gewundert. Da kommt einer über die Liste der Grünen als Nachrücker in den Ortsbeirat und nach kurzer Zeit tritt er aus der Fraktion und wenig später aus der Partei aus. Für manche waren das wieder mal die unvermeidlichen Selbstaflösungstribe der grünen Fraktion im OBR 7, also nichts Neues. Warum aber ich? Und warum wird das immer wieder geschehen?

Als Die Grünen gegründet wurden, stand diese Partei als Gegenentwurf zu den arrivierten Parteien. Basisdemokratie, Toleranz und ein zwangloses Miteinander waren die Ziele. Durchregieren und Fraktionsdisziplin waren Schimpfwörter, etwas, was die Altparteien machen. Man stand für eine soziale und ökologische Politik, die Forderungen waren teils radikal (fünf Mark für den Liter Benzin) aber stets ihrer Zeit voraus und viele wurden, wenn auch unter anderem Vorzeichen (Atomausstieg) dann doch umgesetzt.

Und heute? Die Grünen haben sich gewandelt. Die „Fundis“ haben sich abgewandt, die „Realos“ haben einen erschreckenden Machterhaltungstrieb entwickelt. Durchregieren ist kein Schimpfwort mehr, es wurde zur Maxime.

In die Fraktion der Grünen im OBR 7 kam ich mit der Illusion, hier die alten Werte wiederzufinden. Was mich erwartete, waren aber Machtbesessenheit, Fraktionszwang und Koalitionsdisziplin. Die Zusammenarbeit mit der CDU wurde über alle grünen Werte gestellt und es wurden Anträge mitgetragen, die „meine“ grüne Partei schallend lachend abgelehnt hätte. Als Beispiel sei die Versetzung der Löwen am Spielplatz im Brentanopark genannt. Gleichzeitig wurde ein grotesker Druck ausgeübt, mein Abstimmungsverhalten der Fraktion anzugleichen. Fraktionssitzungen hatten teilweise nur ein Thema: Mein Abstimmungsverhalten in der letzten OBR-Sitzung. Mit Tribunal sind diese Veranstaltungen nur unzureichend umschrieben...

Nach dem Wechsel im Fraktionsvorsitz musste ich dann leider erkennen, dass dies keine Ausnahme ist, sondern die Regel. In der Landtagsfraktion der Grünen ist dieses wohl an der Tagesordnung und wird augenscheinlich von vielen gut geheißen. Es folgte mein Fraktionsaustritt.

Am Ende nahm diese Landtagsfraktion Koalitionsverhandlungen mit der hessischen CDU auf. Eine Partei, die selbst für CDU-Verhältnisse als extrem rechts gilt. Alles nur, um an die Macht zu kommen. Die Grünen verhandelten also mit einer Partei, die sich in der Vergangenheit gegen alle nur erdenklichen sozialen und ökologischen Ziele gestellt hat, eine Partei, die Hessen in den letzten Jahren in Gutsherrenmanier verwaltet hat und für die Skandale zum Tagesprogramm gehören. Da war dann der Parteiaustritt fällig.

Fakt ist, dass die Grünen bei diesen Koalitionen im Land und insbesondere in Frankfurt von der CDU zerrieben werden. Der Gewinner ist die CDU, eine Partei, die die notwendige Erneuerung nicht aus eigener Kraft geschafft hätte, jetzt aber von dem letzten Fünkchen Daseinsberechtigung der Grünen profitiert. Die Grünen sind verkommen zu einer FDP für urbane Hipster, die sich (noch) nicht trauen, die CDU zu wählen.

Jetzt, und nachdem ich im letzten Jahr mit der Fraktion die farbechten/Die Linke zusammenarbeiten durfte, weiß ich: Die farbechten sind die, die für das stehen, was die Grünen einst bewirken wollten. Eine soziale, ökologische, tolerante Politik für Menschen. Menschen, für die „Links“ kein Schimpfwort ist. Deshalb bin ich im Dezember 2015 in die Fraktion die farbechten/Die Linke eingetreten und möchte auch im nächsten Ortsbeirat für diese Werte kämpfen und einstehen. ◀

Gegeneinander geht es auch ...

Wer kennt es nicht: Das Konfliktpotenzial im Grüngürtel rund um die Nidda. Da wird geschubst und gedrängelt, gefährdet und beleidigt, was das Zeug hält. Da herrscht das Recht des (vermeintlich) Stärkeren. Die Aktion »Miteinander geht es besser« sollte Abhilfe schaffen.

Torben Zick | Wovon ist hier die Rede? Die Rede ist vom Miteinander der Besucher des Grüngürtels. Hier treffen unterschiedlichste Interessen aufeinander: Der Radfahrer, der in sportlicher Manier unterwegs ist und sich seinen Schnitt nicht durch Bremsmanöver verderben lassen will. Der Radfahrer, der in großer Gruppe eine gemütliche Tour im Gespräch mit den Mitradlern unternehmen möchte. Der Spaziergänger, der einfach nur die Schönheit der Natur erleben möchte, Interessantes auch aus der Nähe betrachtet und dazu unvermittelt stehen bleibt oder die Wegeseite wechselt. Die Gruppe, die den Sonntagsspaziergang für ein ausgiebiges Gespräch nutzt und dabei die gesamte Wegesbreite benötigt. Der Jogger, der nicht auf den Grünstreifen ausweichen will. Der Nordic Walker, der seine Stöcke wie Waffen in der Luft schwenkt. Der Hundehalter, der seinen Hund frei laufen lässt und sich nicht um die Hinterlassenschaften seines Lieblings kümmert.

Wer hat sich noch nicht über den einen oder anderen Typus aufgeregt, wer hat noch nicht versucht, seinem Ärger Luft zu machen und den „Bösewicht“ anzusprechen?

Immer wieder wurde das Thema in der Bürgerfragestunde im OBR 7 angesprochen. Dass das Allheilmittel „Runder Tisch“ hier nicht helfen würde, musste insbesondere der CDU erst erklärt werden. Nach längerer Diskussion konnten wir uns mit unserer Vorstellung eines Aktionstages durchsetzen. Die Idee war, die Bürger direkt zur „Hauptverkehrszeit“ an einem Sonntag im Sommer anzusprechen und für ein tolerantes Miteinander zu werben.

Eigentlich wäre es ganz einfach: Fußgänger bewegen sich nicht raumgreifend, Radfahrer besinnen sich der Existenz der Bremse und Hunde werden an kurzer Leine geführt. Keiner behindert den anderen und toleriert dessen Bedürfnisse. Klingt logisch und einfach, scheint es aber nicht zu sein. Im Übrigen gelten auf den



Wegen an der Nidda die Grüngürtelsatzung, Straßenverkehrsordnung und die Prinzipien des gedeihlichen Miteinanders.

Bauliche Änderungen scheiden aus unterschiedlichen Gründen aus. Bleibt also der Appell an die Nutzer des Grüngürtels, Verständnis für die Mitmenschen aufzubringen und sich zumindest an die geltenden Regeln und Gesetze zu halten. ▶

Kopflöse Konzepte – konzeptlose Köpfe

Die Verkehrssituation im Ortsbezirk schwankt zwischen schwierig und sehr schwierig. Und es wird nicht besser werden. Ein übergreifendes Konzept fehlt und ist nicht in Sicht.

Torben Zick | Gewerbegebiet Heerstraße, Ortsumgehung Praunheim, Kreisel Praunheim, Neubau Gymnasium Westhausen, Regional-Tangente West, Gewerbegebiet Eschborner Landstraße, Umbau/Erweiterung Westerbachstraße... Dies alles sind Projekte, teils im Bau, teils in Planung, teils bereits umgesetzt, denen eins gemein ist: Wenn es ein Verkehrskonzept gibt, dann ist dieses nicht mit den anderen Projekten verknüpft. Eine übergreifende Sicht auf die zu erwartenden Verkehrsentwicklungen ist nicht erkennbar.



So endet die Betrachtung der äußeren Erschließung des Gewerbegebiets „Nördlich der Heerstraße II“ an der Kreuzung Ludwig-Landmann-Straße/Heerstraße. Wie die Verkehrsströme bis zu diesem Punkt kommen, das bleibt unberücksichtigt. Wenn der Verkehr über die Guerickestraße läuft, ohne Rücksicht auf die Entwicklung des Gewerbegebiets „Eschborner Landstraße“ zu nehmen, wird das Verkehrsaufkommen in der Westerbachstraße alles Tolerierbare übersteigen. Im Ortsbeirat wurde dies diskutiert und es sollte gemeinsam mit dem OBR 6, durch dessen Gebiet wesentliche Teile der Westerbachstraße führen, ein Antrag an den Magistrat verabschiedet werden, der ein übergreifendes Verkehrskonzept fordert. Der Antrag liegt vorformuliert und mit allen Fraktionen abgestimmt vor, der Ortsvorsteher wurde im März 2015 zur Abstimmung mit dem OBR 6 aufgefordert – seitdem verhindert die CDU-Fraktion ein weiteres Vorgehen und der Ortsvorsteher bleibt untätig.

Der Neubau der Behelfsschule auf dem Erweiterungsgelände des Friedhofs Westhau-

sen wurde beschlossen, bevor ein Verkehrskonzept vorlag. Auch hier wird von einer lokal beschränkten Auswirkung ausgegangen. Laut Aussage der mit der Planung befassten Personen könne nach Erstellung des Gutachtens noch kleinteilig auf dem Gelände nachjustiert werden. Wie wollen die Planer die Verkehrsströme nach und von Westhausen durch das Verschieben der Schule auf dem Gelände beeinflussen? Großflächige Verkehrskonzepte auch hier Fehlanzeige.

Ortsumgehung Praunheim: Wenn man sich nicht die Sinnfrage dieser Ortsumgehung stellen möchte und naiverweise davon ausgeht, dass hier wirklich der Verkehr den Ortskern Praunheim umgeht, dann müsste diese Straße gebaut werden. Aber wo soll sie enden? Der OBR 8 ist über die zu erwartende Verkehrsbelastung, welche die Nordweststadt fluten wird, nicht sonderlich begeistert und über einen möglichen Endpunkt der Umgehungsstraße wird auch im Hinblick auf die Europäische Schule gestritten. Zusammenarbeit mit dem OBR 7? Dazu müsste ja der Ortsvorsteher tätig werden. Stattdessen lassen sich die beiden Ortsbeiräte vom Magistrat gegeneinander ausspielen. Ein übergreifendes Verkehrskonzept? Antwort siehe oben.

Wenn es opportun erscheint, dann werden Zusammenhänge geknüpft, die sich nicht auf den ersten Blick erschließen. Auf den zweiten allerdings auch nicht. Da stellt die CDU die bizarre Anfrage, welche Auswirkungen der Modellversuch Eschersheimer Landstraße auf die Verkehrsbelastung in Praunheim hat. Welche Auswirkungen Vorhaben im Nahbereich auf die Verkehrsbelastung haben, scheint nicht zu interessieren.

Statt Verkehr zu vermeiden, wird ständig neuer produziert. Wie dieser dann abfließt und welche Maßnahmen im Nahbereich der Planung notwendig sind, wird nicht betrachtet. Der notwendige Blick über den Tellerrand findet nicht statt. ▶

Noch im November war Klaus Willkomm-Wiemer voller Optimismus und wollte mit seiner Kandidatur unsere Liste unterstützen. Leider verstarb er am 11. Januar 2016. Er wird uns sehr fehlen.

Alle einsteigen, bitte!

Alessandro Brillante | Wie jedes Jahr hat der RMV zum 1. Januar die Preise erhöht. In Frankfurt kosten eine Hin- und Rückfahrt jetzt 5,60 Euro, mehr als in vielen anderen Städten. Bei solch hohen Preisen ist der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) keine Alternative zum individuellen Autoverkehr. Dabei muss die Attraktivität doch gerade erhöht werden: Die steigende Einwohnerzahl Frankfurts und die wachsenden Fahrtwege des Autoverkehrs belasten die Verkehrsinfrastruktur und verursachen hohe Instandhaltungskosten. Darüber hinaus sorgen sie für unerwünschten Lärm und mindern die Luftqualität und damit auch die Gesundheit der Menschen.



Viele Menschen, die ein geringes Einkommen haben, nur eine kleine Rente beziehen oder auf Sozialhilfe angewiesen sind, können sich die hohen Preise im RMV kaum leisten. Ständig steigende Fahrpreise schränken die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben extrem ein. Mobilität ist aber ein Grundrecht und kein Luxusartikel!

Wir setzen uns dafür ein, dass der ÖPNV in Frankfurt gestärkt wird und an Attraktivität gewinnt. Dazu sollen finanzielle Anreize so gelegt werden, dass Menschen vom Auto auf Bus und Bahn umsteigen. Schon heute wird der ÖPNV in Frankfurt zu etwa einem Drittel von den Kunden der Mainova quersubventioniert. Wir möchten, dass über neue Finanzierungskonzepte nachgedacht wird mit dem Ziel, langfristig einen Nulltarif einzuführen.

Der ÖPNV sollte solidarisch von allen getragen werden, die davon profitieren. Wir schlagen z. B. die Einführung einer Unternehmenspauschalabgabe wie in Frankreich vor.

Sollen Autofahrer den ÖPNV mitfinanzieren, auch wenn sie diesen gar nicht selbst in Anspruch nehmen? Dürfen Autofahrer auch die Luft derer verschmutzen, die selbst gar nicht Auto fahren? Das sind Fragen, über die es sich nachzudenken lohnt.

Das Konzept der Linken für einen Nulltarif in Frankfurt finden Sie hier: <http://tinyurl.com/grdy4sc> ▶

Westhausen nicht dem Verfall preisgeben

Der Wohnungsmarkt ist angespannt und die Wohnungsnot gerade für Bezieher geringer Einkommen ist groß – da gibt es für die Zustände in Westhausen kein Verständnis.

André Leitzbach | Mehr als 40 Einwohner Westhausens folgten am Freitag, 18. September 2015 der Einladung der Fraktion die farbechten/Die Linke im OBR 7 zum Rundgang in ihrem Stadtteil. Ortsbeirätin Inge Pauls freute sich über diese positive Resonanz.



Trostlos: Der Spielplatz am Westring

Der Rundgang führte zu zwei besonders gravierenden Fällen von Wohnungsleerstand. Insgesamt sollten zum damaligen Zeitpunkt 63 Wohnungen und mehrere Häuser leerstehend sein. Es sei nicht mehr möglich, eine Wohnung zu mieten, so die unmissverständliche Antwort auf eine Anfrage. Stattdessen strebt die Nassauische Heimstätte (NH) an, Häuser und Wohnungen zu verkaufen. Da dies nicht so reibungslos gelingt, wird ein jahrelanger Leerstand in Kauf genommen. Dass die NH, im Besitz des Landes Hessen und u.a. der Stadt Frankfurt, einen systematischen Leerstand erzeugt, ist ein Skandal.

Ein weiteres Thema ist der Denkmalschutz: Auflagen und Verbote hindern die Mieter dar-

an, selbst etwas am Haus machen zu können. Die NH investiert allerdings auch kaum noch in die Mietwohnungen. Trotz Denkmalschutz geht deshalb die Angst um, dass man die Siedlung bewusst herunterkommen lässt.

Die Westhausener lieben ihre Siedlung: „Mir hadde hier alles – sogar e Kino!“ Davon ist nichts mehr übrig geblieben. Die verrosteten Gitter vor der ehemaligen Apotheke und der Gaststätte am Westring bieten einen trostlosen Anblick. Einen öffentlichen Raum gibt es nach der Privatisierung des Bürgerhauses auch nicht mehr. Wenn im nächsten Jahr auch noch der Gemeindesaal der evangelischen Gemeinde abgerissen wird, sieht es vollkommen düster aus.

Dass die Tante-Emma-Läden verschwunden sind und die Apotheke vor einigen Jahren dichtmachte, ist einerseits der Mobilität vieler Anwohner, andererseits auch der Mietpreisentwicklung geschuldet. Die Versorgung vor allem der älteren Bewohner schränkt das stark ein. Anwohner machten zudem darauf aufmerksam, dass für die Kinder am Westring die Möglichkeiten einer Spielfläche dringend verbessert werden müssten.

Als Reaktion auf den Rundgang nahmen nicht nur andere Parteien plötzlich das Thema Westhausen auf die Tagesordnung, die NH teilte mit, dass sie für die Flüchtlingsunterbringung zehn leerstehende Häuser zur Verfügung stellen würde und den Verkauf von Wohnungen nun beschleunige.

Die Fraktion die farbechten/Die Linke hat mit mehreren Anträgen im Ortsbeirat die Forderungen der Bewohner in Westhausen umgesetzt: Westhausen braucht ein Konzept – sowohl für den Verkehr, für die Infrastruktur und die Nahversorgung als auch für den Erhalt als Kulturdenkmal und für einen Treffpunkt. Der Stadtteil Westhausen muss als Quartier für alle Bewohnerinnen und Bewohner lebenswerter werden – der Leerstand vieler Häuser und Wohnungen durch die Verkaufsstrategie der NH verhindert dies. Eine soziale Wohnungs- und Mietpolitik sollte bei öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften im Vordergrund stehen und nicht der Profit.

Blick zurück nach vorn

Inge Pauls | Seit nunmehr neun Jahren habe ich im Ortsbeirat 7 mitgearbeitet. Dabei erfuhre ich, welche Chancen in diesem Gremium liegen: hier können Bürgerinnen und Bürger unmittelbar ihre Wünsche und Nöte, ihre Fragen und Kritik vortragen und sich Gehör verschaffen. Die Öffentlichkeit in Gestalt von anderen Bürgern, Presse, Mitgliedern von Parteien und Initiativen können diese Einwendungen aufnehmen oder verwerfen, es kann eine lebhaft Diskussions zu strittigen Themen hervorbringen, Positionen schärfen, Meinungsbildung vorantreiben, Konsenspunkte finden.

Die meisten Themen im Ortsbeirat betreffen die unmittelbare Wohn-, Umfeld- und verkehrliche Situation im Ortsbezirk. Zahlreiche Anträge konnten auch interfraktionell gestellt werden, was die Chance auf Beachtung und Realisierung erhöht. Der Blick von unten, vor Ort, aus der Sicht von Betroffenen, z. B. in der Heinrich-Lübke-Siedlung, z. B. in der fehlenden Nahversorgung in Westhausen oder im Industriehof, z. B. bei der rasanten Zunahme von Spielhallen in Rödelheim, stellt sich dramatischer dar als aus der Sicht der Stadtverwaltung, der Regierenden.

Aber: der Einfluss von Ortsbeiratsbeschlüssen endet, wenn der Magistrat nicht will, und die Stadtabgeordneten Einwände nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Die schwarz-grüne Mehrheit im Stadtparlament, die sich anfangs auch im Ortsbeirat 7 fortsetzte, blockierte, verzögerte und ignorierte, wenn es nicht in ihren Kram passte, so bezüglich des Bebauungsplans Südlich Rödelheimer Landstraße, so bei dem strittigen Bauprojekt einer Kindertagesstätte in der Breitenbachstraße. Die Skandale in der Schulpolitik, die Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus mit der Folge der Mietervertreibung müssen als Versagen der Stadt- (und der ebenfalls schwarz-grünen Landes-) Regierung angeprangert werden. Hier liegt für mich die weitere wichtige Aufgabe: als Ortsbeirat oder als Opposition der Kritik eine Stimme zu geben.

Deshalb gibt es von uns auch Anträge, die gegen die Sparpolitik gerichtet sind, weil wir in unserer Fraktion der Auffassung sind, dass eine so reiche Stadt wie Frankfurt mit einem erneuten Millionenüberschuss keine Kürzungen im Sozialbereich braucht, im Gegenteil: der Anteil an städtischen Ausgaben für die Partizipation von Menschen mit geringem Einkommen muss steigen. Deshalb fordern wir die Senkung der

Inge Pauls ist seit neun Jahren im Ortsbeirat und engagiert sich für die Stadtteile.



Fahrpreise und sind gegen die Erhöhung der Eintrittsgelder für Schwimmbäder. Solche Anträge sollen die Alternativen zur herrschenden Politik aufzeigen.

Es muss mehr Geld für die Stadtteile geben: für die Gestaltung von Ortskernen und öffentlichen Räumen (Sichtbarmachung des ehemaligen Niddabades durch Wiederherstellung der Sitzstufen, ein Wochenmarkt für Rödelheim, eine Parkfläche für die Besucher der Abubakr-Moschee in Hausen), für die Pflege der Grünflächen, für lärmindernde Maßnahmen. Der Katalog der Ideen ließe sich ohne Weiteres fortsetzen. Die Einnahmen der Stadt und eine andere Prioritätensetzung lassen das zu.

Politik ist Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten von allen für alle. Im Ortsbeirat – durch Ermutigung und Unterstützung der Bürgeranliegen – hat die Fraktion die farbechten/Die Linke diesen Leitgedanken verwirklicht und wird ihn fortsetzen.

Wahlrecht für alle

Peter Gärtner | Am 29.11.2015 wurde die Kommunale Ausländervertretung (KAV) neu gewählt. An der Wahl nahmen in Frankfurt gerade einmal 6,2% der Wahlberechtigten teil. Das ist nicht verwunderlich, denn die KAV ist ein Scheinparlament ohne wirkliche Befugnisse, das sich mehr mit sich selbst beschäftigt als mit der realen Politik. Wir fordern seit langem das kommunale Wahlrecht für alle hier lebenden Bürger, unabhängig von ihrem Pass. Das wäre auch ein großer Schritt hin zur Integration unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund.

Miteinander

Barbara David-Wehe | Die Aufnahme von Menschen, die sich in existentiellen Notsituationen befinden, ist ein humanitäres Gebot, verankert im Grundgesetz und darf nicht verweigert werden. Deutschland ist ein reiches Land. Trotzdem klafft die Schere zwischen reich und arm ständig weiter auseinander. Strukturelle Veränderungen sind hier seit Langem notwendig. Die Aufnahme und die Integration geflüchteter Menschen können Anlass geben, längst überfällige Reformen einzuleiten und umzusetzen.

Lassen Sie sich nicht von Hetzern beeinflussen, die das gute Miteinander in unseren Stadtteilen zerstören wollen. Informieren Sie sich im Internet über die bestehende Flüchtlingsinitiative in Rödelheim: W.i.R. – Willkommen in Rödelheim. Nehmen Sie an den Angeboten und Treffen teil, lernen Sie die geflüchteten Menschen kennen und Sie werden feststellen: es ist für beide Seiten ein Gewinn!

KEINE STIMME FÜR RECHTS!

Zu den Kommunalwahlen treten Parteien an, die immer wieder durch rassistische Äußerungen aufgefallen sind. Neben der NPD und den Republikanern sind das auch die AfD und die BFF. Diese schüren ein Klima der Verunsicherung, der Fremdenfeindlichkeit und des Hasses, in der Hoffnung, damit Wählerstimmen zu gewinnen.

Zeichen setzen gegen Rassismus

Mit einem Willkommensfest hat der Stadtteil Rödelheim am Freitag, 13. November 2015 seine Flüchtlinge begrüßt. Gemeinsam essen, zusammen feiern – dieses Konzept ist aufgegangen und legte den Grundstein für die Bereitschaft um das Bemühen, dass aus Fremden Nachbarn werden.

Angela Kalisch | Der Gemeindesaal der evangelischen Cyriakusgemeinde in Rödelheim platzte aus allen Nähten. Fast 250 Gäste, unter ihnen etwa 100 Geflüchtete, sind zu dem Benefiz-Fest gekommen, mit dem die Neuankömmlinge im Stadtteil willkommen geheißen werden. Großzügigen Spenden der Rödelheimer Geschäfte, aber auch vieler Privatleute ist es zu verdanken, dass es ein buntes und internationales Buffet gibt. Das Essen ist kostenlos, freiwillige Beiträge wandern in eine Spendenbox.

Inge Pauls begrüßt die Gäste und Neubürger. Sie betont den hohen Stellenwert der Willkommenskultur für ein Zusammenleben ohne Misstrauen und Angst und will sich angesichts brennender Flüchtlingsunterkünfte nicht damit abfinden, dass die Bezeichnung „Gutmensch“ zu einem Schimpfwort geworden sei. Mit dem Dank an alle, die durch ihr Engagement dazu beitragen, dass Rödelheim ein friedlicher, lebenswerter Stadtteil ist, endet ihre Begrüßungsansprache unter großem Applaus. Bernd Mesovic von Pro Asyl referiert im Anschluss über die Widersprüche einer Schaufensterpolitik der Willkommenskultur bei gleichzeitiger Asylrechtsverschärfung. Als letzter Redner

überbringt Stadtrat Muñoz del Rio persönliche Grußworte des Frankfurter Oberbürgermeisters Peter Feldmann und zeigt sich beeindruckt, mit welcher Selbstverständlichkeit die Flüchtlinge in Rödelheim bereits mitfeiern. Tatsächlich haben sich nicht nur die Kinder über alle Nationalitätsgrenzen hinweg längst zum Spielen zusammengefunden, auch unter den Erwachsenen ist es zu ersten vorsichtigen Annäherungen gekommen.

Auf die Ansprachen im Saal folgt ein abwechslungsreiches Kulturprogramm mit Zirkus-Akrobaten, Jazz-Chansons und klassischer Musik. Zu fortgeschrittener Stunde sorgen afrikanische Trommler und ein DJ aus der „Raumstation“ für ausgelassene Stimmung.

Organisiert wurde das Willkommensfest für die Rödelheimer Flüchtlinge von Helga Dieter (Courage gegen Rassismus), Heiko Lüssmann (Kinder- und Jugendarbeit „RAUM“), Helmut Furtmann (Förderverein der Stadtteilbibliothek „FörSteR“) und Claus David (die farbechten). Dem Fest vorangegangen war eine weitere öffentliche Kinderstarke Aktion: am Nachmittag hatten Kinder und Jugendliche an drei Zufahrtsstraßen Ortsschilder mit der Aufschrift „Rödelheim



– Stadtteil gegen Rassismus“ montiert. Bereits seit dreieinhalb Jahren hängt ein solches Schild am Hausener Weg. Nun zeigt eines in jede Himmelsrichtung, um die Botschaft zu vermitteln: „Hier sind wir bemüht, rassistisches Denken und Handeln zu bekämpfen – gegebenenfalls auch in uns selbst“, erklärt Helga Dieter.

Listenplatz 12 für das Stadtparlament,
Listenplatz 17 für den Ortsbeirat

Dr. Peter Gärtner

60 Jahre, Energieberater, Rödelheim.
Seit 2011 im Stadtparlament.

»Meine Schwerpunkte sind die Themen
Wohnen und Stadtentwicklung, Verkehr,
Umwelt und Energie, Demokratisierung
von unten.«



Wohnungspolitik: So wird Ihre Meinung manipuliert

Peter Gärtner | Im November haben die Grünen im Römer in großer Auflage eine Wahlkampfzeitung verteilt. Dort steht, dass 2014 mit 4418 fertigen Wohnungen (laut Wohnungsamt waren es nur 2968) der höchste Wert an Neubauten seit fast 20 Jahren erreicht wurde. Verschwiegen wird aber, dass 2014 bereits ca. 30 000 Wohnungen in Frankfurt fehlten. Wenn es in diesem Tempo weitergeht mit dem Wohnungsbau, dann wird der heutige Bedarf erst im Jahre 2022 gedeckt sein. Aber bis dahin soll die Stadt um

weitere 50 000 Bürger anwachsen, die auch eine Wohnung brauchen. Die Koalition hat keinerlei Konzept, wie sie dieses Problem lösen will.

Verschwiegen wird auch, dass die meisten Errungenschaften der schwarz-grünen Wohnungspolitik nur Absichtserklärungen für die Zukunft sind, wie z.B. die Ankündigung, in Neubaugebieten 30 % geförderte Wohnungen zu errichten (das wären ca. 1200 Wohnungen pro Jahr bei einem Fehlbestand von derzeit ca. 30 000 bis 50 000 Sozialwohnungen).

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft ABG hat in der Vergangenheit ihren Wohnungsbestand nicht vergrößert und gleichzeitig die Mieten regelmäßig angehoben. Sie hat ihren Gewinn immer weiter gesteigert bis auf 68 Mio. Euro in 2014. Mitte 2015 betrug die Durchschnittsmiete der ABG für nicht geförderte Bestandswohnungen 7,70 Euro/m², für Neubauwohnungen 13,05 Euro/m². Die ABG will bis 2020 (also in fünf Jahren) 2533 geförderte Wohnungen errichten – ein Tropfen auf den heißen Stein. Die tatsächliche Bilanz nach neun Jahren Schwarz-Grün ist in der Grafik dargestellt.



Quellen: Wohnungsmarktberichte der Stadt Frankfurt, Geschäftsberichte der ABG.

Kinder, Kinder

Barbara David-Wehe | Auch wenn das Stadtschulamt, und allen voran dessen Dezernentin, keine Mühe scheut, es anders darzustellen: Die Bemühungen, die räumliche Versorgung für Kleinkinder, Schulanfänger und Kinder im Übergang zur weiterführenden Schule sicherzustellen, vermitteln den Eindruck, dass über die Verantwortlichen ein unvorhersehbares Naturereignis hereingebrochen ist.

Wenn Frankfurt sich als familienfreundliche Stadt darstellt und jede wachsende Einwohnerzahl bejubelt wird, müsste auch klar sein, dass es sich bei Neubürgern nicht nur um dauerhaft Alleinlebende handelt, sondern auch um junge Menschen, mit der Absicht, Familien zu gründen. Bei einer vernünftigen und vorausschauenden Planung hätte man Kitas geschaffen, mit Gruppen für Unter-Drei-Jährige, für Kindergarten- und Hortkinder und mit Räumlichkeiten, die nach Bedarf flexibel umgestaltet werden können. Der Vorteil liegt auf der Hand: Kinder könnten je nach Entwicklungsstand schon mal bei den Großen dabei sein, Eltern mit zwei oder mehr Kindern hätten nur einen Weg,

Stattdessen wurden in kurzer Zeit nur für die Unter-Drei-Jährigen Einrichtungen geschaffen, oft unabhängig davon, ob die Liegenschaft geeignet ist, oder aber es entstanden riesige Komplexe mit sechs bis acht Gruppen, um damit dem seit August 2013 bestehenden Rechtsanspruch auf eine Tagesbetreuung für Kleinkinder nachzukommen.

Für Grundschulkindern wird nun mit heißer Nadel der „Pakt für den Nachmittag“ gestrickt und als großer Fortschritt propagiert. Abgesehen davon, dass das Angebot lange nicht alle Grundschulen erreicht, ist das pädagogische Konzept sehr fraglich. Eine Betreuung in festen Gruppen ist nur für Kinder des ersten und zweiten Schuljahrs vorgesehen. Für Kinder des dritten und vierten Schuljahrs sind eine Reihe freiwilliger Angebote geplant. Die wenigsten berufstätigen Eltern werden dies als eine ausreichende Betreuung für ihre acht- bis zehnjährigen Kinder empfinden.

Die vorhandenen Gymnasien platzen aus allen Nähten. Die Zahl der Kinder, die nach der Grundschule auf das Gymnasium wechseln, nimmt beständig zu, weil Eltern Angst haben,

Luxus Wohnen

Barbara David-Wehe | Der Erhalt und die Schaffung preiswerten Wohnraums ist für die Zufriedenheit der Menschen im Stadtteil von großer Bedeutung. Besonders junge Familien bemerken es: es ist nahezu unmöglich, innerhalb des Ortsbezirks 7 eine preisgünstige Wohnung zu finden.

Aber auch langjährige Mieter beobachten mit Sorge, dass Häuser, in denen sie seit vielen Jahren wohnen, den Eigentümer wechseln. Die Folge: der neue Eigentümer beginnt mit einer aufwändigen Sanierung, und der Mietpreis ist danach nicht mehr für die alten Mieter bezahlbar.

Auch Wohnungsbaugesellschaften wie die Wohnheim GmbH und der Frankfurter Eisenbahnsiedlungsverein handelten die letzten Jahre nach diesem Prinzip. Die Wohnheim GmbH wartete, bis die Seniorenwohnungen in der Alexanderstraße aus der Mietpreisbindung gefallen waren, um dann aufwändig zu sanieren und die Mieten kräftig zu erhöhen. Gerade

mal sechs Sozialwohnungen blieben von den ehemals 80 preisgünstigen Wohnungen übrig. Ähnliches geschieht zurzeit bei der Siedlung im Fildchen.

Der Eisenbahnsiedlungsverein vermittelte seine Mieterinnen und Mieter in umliegende Liegenschaften, bevor er eine aufwändige Sanierung der Häuser in der Westerbachstraße/Ecke Breitlacherstraße vornahm. Allerdings waren die Mieten – sogar für Rödelheimer Verhältnisse – danach unverhältnismäßig hoch. Der Quadratmeterpreis lag bei 13,50 € bis 15,50 €. Und das bei einer Wohnungsbaugesellschaft, die sich Genossenschaft nennt.

Diese Missverhältnisse aufzuzeigen halten wir für notwendig, denn nur so kann erreicht werden, dass auch Genossenschaften sich wieder an ihre soziale Verantwortung erinnern und Politiker dafür sorgen, dass mehr Mittel für die Schaffung preiswerten Wohnraums zur Verfügung gestellt werden.



Wunderschön sanierte Wohnungen für Senioren: Leider für viele nicht bezahlbar!

dass ihren Kindern ohne Abitur später wichtige Chancen verwehrt bleiben. Die Statistiken über die hohe Zahl der Kinder, die das Gymnasium während der ersten beiden Jahre verlassen müssen, finden keine Beachtung. Berücksichtigt wird ebenfalls nicht, was ein solches Scheitern

für ein Kind bedeutet. Integrierte Gesamtschulen wären hier die pädagogisch sinnvolle Alternative. Aber wenn eine Schulform von CDU und FDP über Jahrzehnte als Gleichmacherei diskreditiert wurde, ist es kein Wunder, dass sie in der Bevölkerung nicht die Akzeptanz findet, die ihr zusteht.

Auch das Thema Inklusion lässt viele Fragen offen. Laut Schulentwicklungsplan ist geplant, an verschiedenen Schulen Schwerpunkte zu schaffen, mit Angeboten für Kinder mit unterschiedlichen Behinderungen. Doch Eltern mit einem Kind mit Behinderung werden kaum wollen, dass ihr Kind in einem entfernten Stadtteil eine Schule besucht, die auf seine Behinderung ausgerichtet ist, sondern sie werden sich wünschen, dass ihr Kind in dem Stadtteil zur Schule gehen kann, in dem es lebt und schon den Kindergarten besucht hat.

In der Vergangenheit haben wir den Berichten des Dezernats für Bildung große Aufmerksamkeit geschenkt und die wohlklingenden Darstellungen in Anträgen und auch bei öffentlichen Veranstaltungen kritisch hinterfragt. Dabei werden wir bleiben.



IMPRESSUM UND KONTAKT

Herausgeber

Fraktion die farbechten/Die Linke
im OBR 7 (Rödelheim, Praunheim,
Hausen, Westhausen, Industriefhof)

Redaktion

Inge Pauls (V.i.S.d.P.), Peter Gärtner,
Barbara David-Wehe, Torben Zick

Inge Pauls
Schenckstr. 66, 60489 Frankfurt
E-Mail: ingepauls@web.de

Barbara David-Wehe
E-Mail: barbara_david@web.de

Layout

typikalisch frankfurt

Auflage: 10.000 Exemplare

Erscheinungsweise

unregelmäßig; ältere Ausgaben können
unter www.die-farbechten.de im Download-
Bereich als PDF heruntergeladen werden.

Fotos: die farbechten/Die Linke, sowie:
S. 2: Shutterstock/Lisa S. (Baustelle),
S. 4: Fotolia/BillionPhotos.com (Kind)

Mitmachen

Die Mitglieder der Stadtteilgruppe treffen sich
jeden ersten Donnerstag im Monat.

An jedem dritten Donnerstag im Monat findet
ein Stammtisch zum Kennenlernen statt.

Jeweils 19.30 Uhr, Rödelheimer Vereinsringhaus,
Friedel-Schomann-Weg 7, 60489 Frankfurt

die farbechten

DIE LINKE.



www.die-farbechten.de
www.dielinke-im-roemer.de